

Bürger lehnen Kommerzialisierung des Glücksspiels ab

Am kommenden Mittwoch, 15. Dezember, tagen die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel. Eines der Themen wird die Gestaltung der künftigen Glücksspiellandschaft in Deutschland sowie eine mögliche Teilliberalisierung sein.

- Forsa-Umfrage zur Regelung des Glücksspiels in Deutschland
- 77 Prozent der Bundesbürger für Begrenzung des Spiels unter staatlicher Kontrolle
- 9 Prozent der Befragten für die Zulassung kommerzieller Anbieter
- Klares Signal an die Ministerpräsidenten der Länder

Die klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland steht hinter dem Staatsvertragsmodell und lehnt eine Kommerzialisierung des Glücksspiels durch die Zulassung von privaten Unternehmen ab.

Dieses deutliche Ergebnis geht aus einer bundesweiten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa hervor, bei der im November insgesamt 1009 Personen ab 18 Jahren befragt worden sind.

„Dies ist ein klares Signal an die Ministerpräsidenten der Länder, am Staatsvertragsmodell festzuhalten“, sagt Erwin Horak, Präsident der Staatlichen Lotterieverwaltung Bayern und Federführer des Deutschen Lotto- und Totoblocks.

„Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Kommerzialisierung, sondern einen klaren staatliche Ordnungsrahmen, der für Seriosität und Verlässlichkeit steht. Ein Kommerzmodell bei Sportwetten ist damit lediglich im Interesse einiger weniger Gegner des Staatsvertrags“, so Horak.

In der Umfrage sprechen sich 77 Prozent der Bundesbürger für eine Begrenzung des Glücksspiels unter staatlicher Kontrolle aus. 65 Prozent stimmen zu, dass die staatliche Regelung Verlässlichkeit und Rechtssicherheit gewährleistet. 61 Prozent bejahen, dass die staatliche Regelung zur Eindämmung der Spielsuchtgefahren wichtig ist. Lediglich 9 Prozent der Befragten befürworten eine Kommerzialisierung des Glücksspiels, damit auch private Unternehmen diese anbieten können.